

Start ins neue Schuljahr

Keine gute Bildung ohne bessere Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen

Zu Beginn des neuen Schuljahres fordert die GEW NRW Maßnahmen seitens der Landesregierung, den akuten Personalengpass an den Schulen zu entschärfen und die Arbeitsbedingungen der rund 190.000 Lehrkräfte an den Schulen des Landes zu verbessern. Dazu gehört eine gerechte und verfassungsgemäße Besoldungsreform, die die Bezahlung aller Lehrkräfte unabhängig von der Schulform nach A13Z garantiert. Der derzeitige Lehrkräftemangel ist für die Bildungsgewerkschaft kein temporäres Problem und die Bekämpfung darf nicht auf die lange Bank geschoben werden.

GEW-Landesvorsitzende Dorothea Schäfer forderte heute Schulministerin Yvonne Gebauer zum Handeln auf: „Andere Bundesländer wie zum Beispiel Berlin sind bereits initiativ geworden und haben die Besoldung der Grundschullehrkräfte angehoben.“

Zu guter Schul- und Bildungspolitik gehörten auch gute Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte, mahnte die Vorsitzende der GEW NRW in einer Reaktion auf das Pressegespräch von NRW-Schulministerin Yvonne Gebauer zu Beginn des neuen Schuljahres in Düsseldorf. „Zu den Arbeitsbedingungen verweist die Ministerin aber lediglich auf Entlastung durch die Software LOGINEO NRW.“

Die Entscheidung, den Gymnasien ein Wahlrecht bei der Schulzeitverkürzung einzuräumen, hält die GEW-Landesvorsitzende für falsch. Einmal mehr würden falsche politische Entscheidungen zu Lasten der Lehrer*innen und der Unterrichtsentwicklung an den Schulen getroffen. Dorothea Schäfer wörtlich: „Die Debatte über die Länge der Schulzeit wird damit vor Ort ausgetragen. Das schafft Streit und Ärger innerhalb der Kollegien und der Elternschaft. Die Rückkehr zu G9 für alle Gymnasien muss sorgfältig vorbereitet werden und die Finanzierung darf nicht zu Lasten der anderen Schulformen gehen.“ Entscheidend sei, Gymnasien mit gebundenem Ganztags auch weiter als Ganztagschulen arbeiten zu lassen. Dorothea Schäfer wörtlich: „Hier darf es kein Rollback geben!“

Zum von Ministerin Yvonne Gebauer vollmundig proklamierten Neustart der Inklusion erklärte die GEW-Landesvorsitzende: „Die Landesregierung ist gut beraten, mehr Geld in die Inklusion zu investieren und deutlich mehr Stellen zu schaffen. Die von der Schulministerin angekündigte Aufteilung des Stellenbudgets für die Grund- und Förderschulen und Schulen der Sekundarstufe I wird die Bedingungen ohne eine deutliche Erhöhung der Stellen nicht verbessern. Enttäuschungen sowohl an den Förderschulen und an den Schulen des Gemeinsamen Lernens sind vorprogrammiert, weil die Arbeit nicht getan und anspruchsvolle Förderkonzepte nicht umgesetzt werden können.“

Berthold Paschert | Pressesprecher

berthold.paschert@gew-nrw.de | +49 1707319970

Essen, 25. August 2017
www.gew-nrw.de/presse